

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk. für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für den Kontor und Expedition: 2721 und 4598. — **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4598

Inseratenpreise: Die 7spaltige Kolonelle oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorkauf 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7spaltige Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Nie wieder Krieg!

Große Friedensdemonstration am Jahrestage des Kriegsausbruches.

M. Berlin, 13. Juli. Die im Vorjahre am Jahrestage des Kriegsausbruches vom Friedensbund der Kriegsteilnehmer und zwölf andern Kulturorganisationen veranstaltete Friedenskundgebung wird in diesem Jahre auf wesentlich erweiterter Grundlage seine Wiederholung finden. In Berlin und in allen größeren Städten des Reiches werden am Sonntag, dem 31. Juli, die Angehörigen der verschiedensten pazifistischen, kulturellen und international gerichteten politischen Verbände ihren gegen jeden Krieg und gegen jede Kriegsursache gerichteten Willen maßvoll zum Ausdruck bringen. Die Kundgebungen sollen beweisen, daß die Mehrheit des deutschen Volkes, insbesondere seine Arbeiterschaft, eine ehrliche pazifistische Außenpolitik verlangt und entschlossen ist, diesen Willen gerade gegenüber den für den 24. August angelegten Kundgebungen der „völkischen“ und rassenverhebenden Nationalverbände deutscher Offiziere und Soldaten durchzusetzen.

In Berlin findet die Kundgebung — die im ganzen Reich, wie im Vorjahre, unter dem Zeichen „Nie wieder Krieg“ stehen wird — im Lustgarten, auf dem Schloßplatz und am Marktplatz vormittags um 10 1/2 Uhr statt. Zu der auch in diesem Jahre vom Friedensbund der Kriegsteilnehmer vorbereiteten Kundgebung haben bis zur heutigen Tage die nachstehend aufgeführten Organisationen ihre aktive Beteiligung zugesagt:

Deutsche Friedensgesellschaft, Deutsche Liga für Völkerbund, Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, Bund Neues Vaterland, Pazifistischer Studentenbund, Weltjugendliga, Vereinigung der Freunde von Kelian und Völkerverständigung, Bund für radikale Ethik, Reichsbund der Arbeiterbeschäftigten, Arbeitsgemeinschaft Groß-Berlin der Reichsvereinigungen ehemaliger Kriegsteilnehmer, Republikanischer Führerbund, Bund der Kriegsdienstgenossen, Arbeiter-Jugend Berlin, Sozialistische Profertarier-Jugend, Sozialistischer Studentenbund, Arbeiter-Samariter-Bund, Bezirksverband Berlin-Brandenburg der USPD, Freie Arbeiter-Union, Der Bezirksverband Berlin der SPD, die Gewerkschaftskommission Groß-Berlin und einige andere verwandte Verbände werden sich gegen Ende dieser Woche über die Form der Beteiligung — an der nicht zu zweifeln ist — offiziell schlüssig werden.

Wucherschütz in Bayern.

Der Staatsanwalt wird an die Kandare genommen.

München, 14. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Die bayerische Klassenjustiz müßte, so sollte man annehmen, allen Ansprüchen der bayerischen Reaktionsregierung genügen. Ihre Leistungen gegen die Arbeiterschaft sind ja nicht zu übertreffen. Indes ist sie immer noch nicht so, wie sie nach dem Wunsch der Regierenden sein sollte. Der Staatsanwalt v. Bedendorf ist einer von den wenigen, die wirklich etwas gegen den Wucher unternehmen. Auf Grund der Preistreiberverordnung vom Mai 1918 geht er besonders den Eierwuchsern energisch zu Leibe. Der Landwirtschaftsminister Wucherer warf nun in einer öffentlichen Versammlung des Bauernbundes diesem Mann wegen seiner Tätigkeit gegen den Wucher die schärfsten Vorwürfe an den Kopf und beschuldigte ihn strafbarer Ueberschüsse. Schließlich drohte er, daß der Justizminister gegen den Staatsanwalt einschreiten werde. Das ganze Verbrechen, das der so offen geschurigte Staatsanwalt begangen hat, besteht darin, daß er Wucherern und Schiebern das Handwerk legte. Das ist im Ordnungstaat Bayern allerdings ein unerhörtes Vorgehen. Die Gerichte scheinen hier nach Auffassung gewisser Kreise wohl nur dazu da zu sein, über Arbeiter-Gefängnis- und Zuchthausstrafen zu verhängen. Der Vorgang ist ein unerhörter Skandal. Aber unter einem deutschnationalen Justizminister und einem Ministerpräsidenten kann er kaum noch auffallen.

Wird die Reichsregierung energisch?

Eine Anfrage in München wegen der Ausweisung der Sowjetkommisars.

Berlin, 13. Juli. (M.) Wie die „Dena“ an zuständiger Stelle erfährt, ist die bayerische Vertretung in Berlin bereits in der vorigen Woche von den Poststellungen der hiesigen Sowjetvertretung bezüglich der Ausweisung des Volkskommissars Krestinski in Kenntnis gesetzt worden. Außerdem ist die Vertretung der Reichsregierung in München beauftragt worden, bei der bayerischen Regierung um umgehende Aufklärung des Sachverhalts zu ersuchen.

Bisher hat sich die Tätigkeit der bayerischen Regierung in der Affäre darauf beschränkt, in die Staatszeitung die Lage zu lancieren, daß sich die beiden Russen gegen die Fremdenpolizeiverordnungen vergriffen hätten, was erwiesenermaßen un wahr ist.

Die Feme der bürgerlichen Mörderzentralen.

Geheime Bruderschaften — Jagdkommandos auf Proletariat. In der Allgemeinen Zeitung für Mitteldeutschland, einem bedeutigsten halsischen Stinnesorgan, erschien am 10. Juli an der Spitze ein „Wohne“ überschriebener Artikel von der Berliner

Schriftleitung. Der Verfasser sucht darin den Nachweis zu führen, daß „die Entente, die Franzosen voran, auf dem besten Wege dazu ist, sich jezt in Deutschland 60 Millionen „Tren“ zu erziehen,“ und die Stinnesfeind in Irland hätten sich gegen die brutale englische Willkür auch nicht anders wehren können als durch Anwendung des Sprichworts „Auge um Auge, Zahn um Zahn!“ Wenn man dem Verfasser glauben kann, dann wird auch in Deutschland schon mehr nach diesem Wort gehandelt als mancher ahnt. Er erzählt nämlich:

„Schon entsteht hier und da eine geheime Bruderschaft. So verschwören hier und da Landesverräter, die den feindlichen Ueberwachungskommissionen irgend etwas verpfiffen haben, und auch Landesfeinde selbst.“ In Berlin hat es in letzter Zeit einige „unaufgeklärte Morde“ gegeben. Von den Opfern weiß man nur, daß sie Geld hatten, das von der Entente kam. Alles andere weiß wohl nur irgendeine geheime Bruderschaft. In Schlesien gibt es kleine Jagdkommandos von Unbedingten, vor denen bereits mancher erjittert. Im Rheinland geht mancher weiße und farbige Franzose mit einem Herzlich kopflüder, ohne vorher auch nur einen Schrei tun zu können.“

Der Artikel des ehrenwerten Stinnesblattes gesteht also ganz kaltblütig das Bestehen von Mörderzentralen zu, die gegen „Landesfeinde“ und Revolutionäre gerichtet sind. Der Artikel ist eine Empfehlung der Mordarbeit.

Preisfrage: Wird sich ein Staatsanwalt finden, der die Propaganda des Nordes verfolgt?

Antwort: Siehe den Fall Lebius (1000 Mk. Geldstrafe) und den Fall Pudor (Leipzig) (20 Mk. Geldstrafe), wenn es also zu einer Verfolgung käme, so würde nur eine Scheinverurteilung herauskommen. Weshalb sollte sich der Staatsanwalt also unnütze Arbeit machen?

Bevorstehende Einigung in den Reparationsverhandlungen.

Paris, 14. Juli. (M.) Mittwoch vormittag fand im Ministerium des Auswärtigen unter dem Vorsitz des Ministers Douhaeur eine Sitzung der Sachverständigen statt, die als die Vorbereitung zum Abschluß betrachtet werden darf. Alle Punkte wurden noch einmal kurz durchgesprochen und es ergab sich bis auf einige kleinere Fragen, die nun noch geregelt werden müssen, Einverständnis. In diesen Tagen, wahrscheinlich am Freitag, werden Bergmann und Guggenheimer nach Berlin reisen, um der Regierung Bericht zu erstatten und die formelle Genehmigung einzuholen. Von französischer Seite wird mitgeteilt, daß der endgültige Abschluß wahrscheinlich in Wiesbaden bei einer Zusammenkunft Douhaeurs und Rathenaus erfolgen soll.

Wann wird Amerika Frieden schließen?

Newyork, 13. Juli. Einer Washingtoner Meldung des Newyork Herald zufolge wird amtlich erklärt, daß dem Präsidenten frühestens in 10 Tagen das Gutachten des Attorney Generals über die Frage zugehen wird, ob nach der Resolution Porter-Knox noch eine Friedenskundgebung erlassen werden soll.

Paris, 13. Juli. (M.) Der Newyork Herald“ meldet aus Washington: Nach einer Auskunft aus dem Weißen Hause wird der Friedensvertrag mit Deutschland nicht vor Jahresende, die Freigabe der deutschen Vermögen nicht vor dem Spätherbst erfolgen. Die gesetzliche Regelung beider Materien wird der Senat erst nach den Sommerferien vornehmen.

Vom Kongreß der kommunistischen Internationalen.

Lenins Politik wird gebilligt.

Berlin, 14. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Aus Stocholm wird über den Kongreß der kommunistischen Internationalen gemeldet, daß es Lenin gelungen ist, die Zustimmung der dritten Internationalen zu seiner veränderten Politik in Rußland zu gewinnen. In der Debatte traten gegen Lenin auf Alexandra Kollontai und Buchatin, sowie Vertreter der deutschen kommunistischen Arbeiterpartei. Frau Kollontai äußerte Bedenken gegen die Konzeptionspolitik. Sie fürchtet, die europäischen Arbeiter könnten diese Politik nicht verstehen. Zur Verteidigung der Leninschen Politik trat bezeichnenderweise Trotsky der Frau Kollontai entgegen. Er erklärte, daß innerhalb der russischen Partei noch nicht ein Prozent der Mitglieder derartige Befürchtungen teilen. Grundsätzlich mache es keinen Unterschied, ob man eine deutsche Lokomotive mit russischem Geld, russischem Holz oder einem Teil des russischen Waldes besaße. Ebenjowenig, wie die Rote Armee ohne militärische Sachverständige organisiert werden könne, könne die russische Industrie ohne technische Sachverständige wieder aufgebaut werden.

Noch „völlig unaufgeklärt“.

München, 13. Juli. Zur Erinnerung des Abg. Gareis teilte im Finanzausschuß des bayerischen Landtags auf eine Anfrage der Unabhängigen, wie sich die Staatsregierung zu einer Entschädigung der Witwe stelle, der Finanzminister mit, für das Gesamtministerium könne er diese Frage nicht beantworten. Persönlich sei er der Auffassung, daß eine Parallele zwischen dem früheren Minister Auer, auf den seinerzeit im Landtag ein Mordanschlag verübt wurde, und dem Abg. Gareis nicht gezogen werden könne. Es sei eine Frage, ob der Mordanschlag dem Abgeordneten gegolten habe, da die Tat noch völlig unaufgeklärt sei.

Unter dem Regime der Bochnerpolizei wird die Tat wahrscheinlich für alle Zeit „völlig unaufgeklärt“ bleiben.

Aus der Wohnstätte der feigsten und bornierfesten Militärdiktatur.

Von Sigmond Kunzi.

Ohne den Widerspruch eines Kundigen befürchten zu müssen, kann man die Behauptung aufstellen, daß niemand einen annähernd richtigen Begriff von Horthungarns politischen und sozialen Verhältnissen gewinnen kann, der nicht weiß, wie die bewaffnete Macht beschaffen ist, die die Konterrevolution stützt und zugleich auch im gewissen Maße und Sinne beherrscht. Hat ja doch der christlich-nationale Abgeordnete Edmund Beniczky, der der Führer der Karlisten und Horthy spinnefeind ist, seit dieser dem Habsburger die Macht nicht übergab, sondern ihn zur Abreise drängte, erklärt, daß Ungarn von der „feigsten und bornierfesten Militärdiktatur“ beherrscht wird, die je die Welt gesehen. Beniczky muß es ja wissen, er ist, da er Minister des Innern während Friedrich war, einer der Mitschöpfer dieser Diktatur und bis zum Osterputz des Habsburgers einer ihrer Ruhmnießer gewesen. Nichtsdestoweniger hat er recht und wir wollen nun an einer Institution aufzeigen, wie diese feige und bornierte Diktatur beschaffen ist.

Man kann lange Zeit in Ungarn oder auch nur in Budapest leben, man kann Theater und Kaffeehäuser besuchen, in der Nacht auf den Straßen wandeln, und man muß nicht einmal ein Fremder von Distinktion sein, um nichts von dieser Diktatur zu bemerken. Kommt man dabei in ein Arbeiterviertel, dann kann es einem schlecht ergehen. Aber man kann trotzdem der Wahrnehmung zustimmen, daß die öffentliche Sicherheit auf den Straßen von Budapest heute größer ist als vor einem Jahre. Die Szenen, die dort vor einem Jahre alltäglich waren, daß Passanten zur körperlichen Beweisführung auf offener Straße gezwungen wurden, ob sie Juden oder keine seien, sind jezt seltener; Rabauzagen und Schießereien kommen nicht mehr so häufig vor, als vor einem Jahre. Der Terror ist jezt in gefeliche und verwaltungstechnische Bahnen geleitet. Es gehört zu einem wahrheitsgetreuen Bericht über Horthungarn, zu vermerken, daß man die Straße passieren kann, ohne totgeschlagen, geprügelt oder angespuckt zu werden — man ermesse aber, welche Zustände in einem Lande herrschen mußten, von welchem dies als ein Fortschritt erzählt werden kann! —; aber es gehört zu einem solchen Bericht noch viel mehr, zu wissen, wie die öffentliche Macht organisiert und gebildet ist und ich will dies an einem einzigen Beispiel etwas ausführlicher zeigen.

Bei jedem Bezirksmilitärkommando in Ungarn ist eine „T“-Abteilung gebildet, die ihren „T“-Offizier in einem jeden Dorfe, in jedem Marktflecken sitzen hat; die Fäden dieser Organisation laufen in die Hände des Obersten Kamillo Karpahy zusammen, der dem Ministerium für Landesverteidigung zugeteilt ist, aber das Recht hat, unmittelbar dem Reichsverweser Horthy seine Berichte zu erstatten. Die „T“-Offiziere werden vielerorts Evidenzoffiziere genannt und da jezt, nach der Ratifizierung des Friedensvertrages, die Offiziersarmee wenn auch nicht abgerüstet, doch wenigstens verkleidet werden muß, hat der Landesverteidigungsminister Belszky am 29. Mai einen Geheimbefehl ausgegeben, der aber vollinhaltlich in der Wiener Arbeiter-Zeitung veröffentlicht wurde, in dem er anordnet, daß Offiziere und Mannschaften von nun an in Zivil ihren Dienst versehen müssen und die „T“-Abteilung wird von nun an das „Statistische Amt“ genannt.

Was ist also ein „T“-Offizier? Die ungarische Heeresverwaltung behauptet, daß die „T“-Abteilung die Aufgabe hat, über den Geist der Armee zu wachen, daß sie eine Spionageabwehrorganisation ist und außerdem ihr die Aufgabe übertragen ist, die Armee vor der „kommunistischen Gefahr“ und Agitation zu schützen. Nun besagt aber die Verordnung des ungarischen Landesverteidigungsministers, die die amtliche Nummer 602.929/Ein. 8. 1920 trägt, daß die „T“-Offiziere auch die bürgerliche Bevölkerung beobachten müssen. Vor kurzem wurde ein neuer Geheimbefehl ausgegeben, der die „T“-Offiziere aufforderte, die Verwaltungsbeamten zu beobachten, ob sie keine jüdenfreundliche Politik treiben und ob sie keine Verbindungen mit Sozialdemokraten unterhalten. Es wurde den T-Offizieren des weiteren eingeschärft, dafür Sorge zu tragen, daß die Lokalsprelle keine Nachrichten darüber bringt, wenn hier und da gegen widerpenstige Bauern, Arbeiter oder Juden mit Taktlosigkeit vorgegangen wird. Der „T“-Offizier führt ein Evidenzbuch, in dem nicht nur Militärpersonen, sondern auch politisch unzuverlässige Zivilpersonen registriert werden. Der „T“-Offizier hat das Recht, Untersuchungen zu führen, Verhaftungen vorzunehmen, er ist tatsächlich niemandem verantwortlich; er ist das Vollzugsorgan der Militärdiktatur.

Was treiben die „T“-Offiziere? Wir wollen einige Originalakten als Antwort auf diese Frage anführen. Das Militärkommando des Komitats Fejer hat unter Nummer 488, T. 1921 am 6. Juni eine Verordnung erlassen, in der zu lesen ist: „Der gefelicherte Schutz der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung macht es notwendig, daß die zu diesem Behufe bestellten Organe (T-Offiziere) von seiten der bürgerlichen Gesellschaft in der weitestgehenden Weise unter-